

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halber.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber.

Nr. 256

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halber

Dienstag, den 31. Oktober 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 3.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten-Beilage 6.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Bei der Abordnung der Reparationskommission, die am Montag in Berlin eintrifft, befinden sich alle Hauptdelegierten der Kommission.

* Die Kohlenpreise werden am 1. November um etwa 50 % erhöht.

* Der Deutschnationaler Parteitag entschied sich einem Antrage Sergt entsprechend gegen die völkische Richtung.

* In den Rummel-Flugzeugwerken in Johannisthal bei Berlin wurde durch eine Feuersbrunst ein Millionenschaden verursacht.

* Die Faschinen haben in mehreren italienischen Städten die Behörden abgelehnt und selbst die Regierung in die Hand genommen.

Kohlenforzen.

Das anmutige Spiel zwischen Erhöhung der Vergarbeiterlöhne und Hinausschraubung der Kohlenpreise dauert munter fort. Von Monat zu Monat wiederholen sich die nun nachgerade schon alljährlich gewordenen Bekanntmachungen des Reichskohlenrates, und wenn einmal sich unter den beteiligten Faktoren, sei es auf Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite, eine Unstimmigkeit ergibt, greift mit vorbildlicher Promptheit das Reichsarbeitsministerium ein und fällt seinen Schiedsspruch, wonach sich alles weitere dann wieder sozusagen selbsttätig regelt.

Man erinnert sich noch des ganz außergewöhnlichen Sprunges, den die Vergarbeiterlöhne im Monat September nahmen. Im Oktober ist man nun daraufhin nicht über eine 50prozentige Erhöhung hinausgegangen, während von Arbeitnehmerseite auch diesmal wieder Zuschläge von 100 % verlangt wurden. In ungefähr gleichem Ausmaße geht man jetzt daran, wiederum den Kohlenpreis den veränderten Produktionsbedingungen anzupassen. Nur insofern versucht man es diesmal mit einem neuen Gedanken, als die Einführung einer sogenannten Kollektivprämie beschloß. Sie ist gedacht für etwaige Mehrförderungen eines Bezirks, also auf der Grundlage einer Gesamtleistung, so daß für jedes Kilo Mehrförderung auf den Kopf der Arbeitnehmer pro Arbeitstag gerechnet je 1 Mark Zulage gewährt werden soll. Es ist dies ein Versuch, die Löhne wieder einigermaßen der Leistung anzupassen und dabei zwischen jugendlichen und älteren Arbeitern etwas zu unterscheiden, während sie in der letzten Vergangenheit mehr und mehr lediglich dem Bedarf angepaßt waren. Man nahm bei ihrer Bemessung nicht Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Kohlenförderung, der Bedarfsdeckung für die Gesamtwirtschaft, sondern lediglich auf den notwendigen Lebensbedarf. Der fleißige, der eifrige Kohlenarbeiter wurde im keinen deutlichen Anreiz gestellt als der faule, der gleichgültige, wie ja überhaupt in unserer Volkswirtschaft von heute viel zu sehr auf die Befriedigung von Einzelinteressen hingewirkt wird, zum Schaden des gemeinen Ganzen. Das übersehen aber ist, daß im vorigen Jahre verhältnismäßig recht gute Ergebnisse gezeitigt hatte, blieb 1922 zunächst viele Monate außer Achtung, und als es schließlich zum Beginn der Herbstkampagne wieder erneuert wurde, geschah es einmal unter sehr starken materiellen Opfern, und dann konnte es sich gegen den Widerstand bestimmter Kreise in der Praxis nur mühsam durchsetzen. Die Werksbesitzer klagen darüber, daß ihre Erwartungen nur in sehr engen Grenzen sich erfüllt hätten, und wir sind leider Gottes immer noch genötigt, ausländische, insbesondere englische Kohle zu nahezu unerschwinglich gewordenen Preisen hereinzuholen, um beispielsweise bei der Reichsbahn auch nur den dringenden Bedarf zu decken. Das Übersichtenabkommen bleibt in Kraft und soll nun in dem System der Kollektivprämie seine Ergänzung finden.

Sollten die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft wieder an dem Willen einzelner Elemente scheitern, so wäre das um so unverantwortlicher, als die hoffentlich bald beginnende Durchführung der verschiedenen Sachlieferungsabkommen mit Frankreich eine erhöhte Tätigkeit unserer Industrie und damit einen wachsenden Kohlenbedarf zur Folge haben wird. Die Entente hat uns zwar die Anrechnung eines entsprechenden Teils unserer Kohlenlieferungen für diesen Zweck in Aussicht gestellt, sie wird sich aber an diese Zusage schwerlich gebunden halten, wenn wir nicht auch von uns aus alles tun, um dem wachsenden Bedürfnis aus eigener Kraft so viel wie irgend möglich gerecht zu werden. Man sollte weniger auf die fortgesetzte Steigerung, zum Beispiel des Gaspreises, schimpfen, als darauf Bedacht nehmen, jeder, was an ihm liegt, zur Bekämpfung dieses leider auch notwendigen Übels zu tun. Und es kann nur bekämpft werden, wenn die Produktion gehoben wird, in erster Reihe im Bergbau. Wenn diese Erkenntnis von allen Beteiligten nicht nur mit Worten nachgebetet würde, könnten wir schon etwas leichteren Herzens in die Zukunft sehen.

Die Erhöhung der Preise.

50 % ab 1. November.

Die an der Kohlenwirtschaft beteiligten Stellen beschloßen eine Erhöhung der Kohlenpreise um etwa 50 % mit Wirkung ab 1. November. Der Preis für die wichtigste Kohle, die rheinisch-westfälische Fettförderkohle, wird somit um 2060 Mark je Tonne netto, d. h. ausschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer, sowie Handelsnutzen, erhöht. Die Erhöhungen betragen ferner für Sachsen (durchschnittlich) 3016 Mark, für Niedersachsen 2620 Mark, für Aachen-Schweizer 2692 Mark, für Aachen-Mosfelder 3276 Mark, für das rheinische Braunkohlenyndikat 317 Mark für Kohle und 1116 Mark für Bricketts, für das ostfälische und mitteldeutsche Braunkohlenyndikat 774 Mark für Kohle und 2041 Mark für Bricketts. Die Preise gelten alle ohne die üblichen Gabe für Steuern und Handelsnutzen.

In der entscheidenden Abstimmung wurde keine Einstimmigkeit erzielt. Bei der Beschlußfassung über die Antragskohlpreise stimmten vier Arbeitnehmer dagegen, weil sie nur eine Preiserhöhung um 1942 Mark vertreten zu können glaubten. Die Arbeitnehmer machten geltend, daß die ihnen angebotenen Lohnerhöhungen immer weiter hinter der Geldentwertung zurückblieben, und daher müßten auch die Werksbesitzer auf Teile der Materialpreiserhöhung verzichten. Die Werksbesitzer verwiesen auf die große Preissteigerung der Materialien, insbesondere für Holz, sowie auf die Geld- und Kreditnot der Werke, die sich immer weiter verschärfe.

Im Anschluß an den für den Ruhr-Bergbau gefällten Entschluß fanden im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der übrigen Stein- und Braunkohlen-Gebiete statt, in deren Verlauf teils durch Einigung der Parteien, teils durch Schiedsspruch Lohnerhöhungen im Ausmaße von 87 bis 100 % der für das Ruhrgebiet gewährten Zulagen festgesetzt wurden. Soweit es die Produktionsverhältnisse dieser Bergbaubetriebe zulassen, sind gleichfalls Prämien für Mehrleistung vorgegeben worden. Die Stellungnahme der Parteien ist bis zum 6. November zu erwarten.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Deutscher Polizeibeamtenbund.

In Berlin ist die neue Organisation ins Leben gerufen worden, die alle bisher vorhandenen Polizeibeamtenorganisationen in sich vereinigt und die mit 150 000 Mitgliedern die stärkste deutsche Polizeibeamtenorganisation sein wird. Die Neugründung erfolgte, nachdem der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands aufgelöst worden ist. Die neue Vereinigung, die sich „Deutscher Polizeibeamtenbund“ nennt und die auch die süddeutschen Beamten umfaßt, hat sich dem Deutschen Beamtenbund in ihrer Gesamtheit angeschlossen und wird in dieser Spitzenkörperschaft eine eigene Säule bilden.

Einspruch gegen die Befolgsordnung.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in einer Entschlieung gegen die vom Reichstag verabschiedete Ergänzung des Befolgsgesetzes Einspruch erhoben, weil im neuen Gesetz das Einkommen der untersten Beamtenklassen weit unter den Lohnsätzen für ungelernte Arbeiter zurückbleibt. Der Bundesvorstand fordert die schnelle Beseitigung des Drißklassenminderungs, wie überhaupt die alsbaldige grundsätzliche Nachprüfung des gesamten Befolgswesens. Er protestiert gegen das Verhalten des Reichsministers der Finanzen gegenüber den Vertretern der Spitzenorganisationen und ist für energische Fortsetzung der Forderungspolitik. Die Führer der Beamtenvereinigungen wurden übrigens vom Reichsfinanzminister Dr. Hermes empfangen, der ihnen erklärte, in dieser Woche sollten neue Verhandlungen über eine Erhöhung der Beamtenbefolgungen stattfinden.

Der Reichsarbeitsminister in Oberschlesien.

Dieser Tage besuchte der Reichsarbeitsminister Dr. Braun in Begleitung der zuständigen Sachbearbeiter Oberschlesien, um sich über die ober-schlesischen Angelegenheiten, soweit sie in seinen Dienstbereich fallen, näher zu unterrichten. Für die Zwecke der Ausführung des ober-schlesischen Abkommens ist eine Dienststelle des deutschen Bevollmächtigten für Arbeitsfragen in Oberschlesien in Weichen errichtet worden. Zur Unterbringung der Flüchtlinge aus dem polnisch gewordenen Gebiet ist ein Kommissar bestellt. Eine Zentralausgleichsstelle in Weichen und eine Anzahl Reichsarbeitsnachweise in anderen Orten sind geschaffen worden. Bei der Unterbringung der Vergarbeiter handelt es sich hierbei besonders um die Ausführung der von der nengegründeten ober-schlesischen Treuhandstelle zu finanzierenden Bergmannsfriedlungen.

Keine Landtagsauflösung in Thüringen.

In letzter Sitzung des thüringischen Landtages wurde der Antrag der Bürgerlichen auf Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 28 Stimmen der Linken abgelehnt. — Der thüringische Justizminister von Brandenstein, der der sozialdemokratischen Partei angehört, hat seine Entlassung eingereicht.

Schweden.

X Arbeitslosenunterstützung auch für Ausländer. Die Regierung hat beschlossen, daß deutsche, dänische, finn-ländische, norwegische und schweizerische Staatsangehörige, die seit längerer Zeit in Schweden anständig und im wirtschaftlichen Leben tätig sind, in bezug auf Arbeitslosenunterstützung mit den schwedischen Staatsangehörigen gleichberechtigt sein sollen, sofern Gegenseitigkeit mit dem betreffenden Lande besteht.

Rusland.

X Russische Steuerpläne. Die russische Regierung beabsichtigt, im Jahre 1923 unter allen Umständen mindestens 500 Millionen Goldrubel an Steuern einzutreiben. Auf diese Weise werde die Baunotenemission, die jede planmäßige Wirtschaft unmöglich mache, eingeschränkt werden können. Gegenwärtig sind in Sowjetrußland 49 staatliche und lokale Steuern eingeführt. Am schwersten sind die bürgerlichen Klassen belastet, die 18 Steuern zu tragen haben. An der Einführung einer Einkommensteuer und einer Eigentumssteuer wird gearbeitet.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Verhandlungen über die Novemberlöhne der Reichsarbeiter begannen bereits am 31. Oktober.

Dresden. Die für den 1. November in Dresden beabsichtigte Gedenkfeier für die im Weltkrieg gefallenen Nationalkrieger mit Vortrag Lettow-Vorbeck über „Deutsch-Afrika im Weltkrieg“ ist vom Polizeipräsidentium Dresden verboten worden.

Moskau. Im Bezirk Gostafel ist eine Brangel-organisation ausgedacht worden. Elf Personen sind verhaftet worden.

Moskau. Der revolutionäre Kriegsrat hat das Problem der Wiedereroberung des Arabiens erörtert, für den Fall, daß die Wiedereinverleibung dieser Provinz durch diplomatische Mittel scheitern sollte.

Die Berliner Verhandlungen.

Reparationskommission und Sachverständige.

Die bevorstehenden Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Reparationskommission und den von uns eingeladenen Finanzsachverständigen stehen jetzt im Mittelpunkt des politischen Interesses. Alle Hauptdelegierten der Reparationskommission (mit ihren Begleitern zusammen 37 Personen) kommen am Montag in Berlin an. Die Kommission hat als Zweck der Reise angegeben, mit der deutschen Regierung Maßnahmen zu erörtern, um das Gleichgewicht im Budget des Deutschen Reiches herzustellen und eine Stabilisierung der deutschen Mark zu erreichen.

Zur Besprechung der Finanzsachverständigen, die davon völlig getrennt ist, sind die Herren Dubois und Bisping bereits in Berlin eingetroffen. Die anderen Herren werden am nächsten Mittwoch erwartet und am Donnerstag soll dann die erste Sitzung unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Hakenstein stattfinden. Man erwartet ein umfangreiches Gesamtgutachten als Ergebnis dieser Beratungen.

Reichsrat und Reichspräsident.

Ein Glückwunschesuch.

Am Sonnabend erschienen die stimmungsführenden Vertreter der Länder im Reichsrat unter Führung des preussischen Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten, um ihm die Glückwünsche des Reichsrats zu der neuerfolgten verfassungsmäßigen Festlegung und Erneuerung seines Amtes auszusprechen. Ministerpräsident Braun sagte dabei in seiner Ansprache u. a.:

Ihre bisherige Amtsführung in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes gibt uns die Gewähr, daß Sie auch in den kommenden schweren Tagen mit der bewährten Entschlossenheit und der Unparteilichkeit, die wir an Ihnen bewundern konnten und die in fast allen Kreisen unseres Vaterlandes noch so zerküssteten Volkes volle Befriedigung und Anerkennung auslöst hat, Ihr hohes Amt führen werden, geleitet von dem Glauben in so reichem Maße eigenen warmen Verständnis für die Leiden unseres unterdrückten Volkes und getragen von dem Vertrauen seiner großen Mehrheit.

Der Reichspräsident erwiderte darauf in einer kurzen Rede, in der er sagte:

„Ich werde in meinem Amte immer bestrebt sein, den besonderen Interessen der Länder volle Würdigung widerfahren zu lassen. In der berechtigten Eigenart der deutschen Stämme einerseits, aber auch im Zusammen-schluß zur Nation andererseits liegen die Wurzeln unserer Kraft und das Vertrauen auf eine bessere Zukunft. Nur in dem festen Zusammenhalt des ganzen Reichs kann es uns gelingen, den schweren Räten und Stürmen der Gegenwart standzuhalten.“

Auch die diplomatischen Vertretungen haben dem Reichspräsidenten im Laufe der letzten Tage persönlich die Glückwünsche ihrer Regierungen zur Erneuerung seines Amtes ausgesprochen. Außerdem sind ihm von Regierungen der deutschen Länder, öffentlichen Körperschaften, Vereinigungen und Verbänden sowie zahlreichen Privatpersonen Glückwunschschreiben und Telegramme zugegangen.

Die Ursachen des Zusammenbruchs.

Ergebnisse des Untersuchungsausschusses.

Der 4. Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Ursachen des Zusammenbruchs prüft, veröffentlicht drei Gutachten seiner Sachverständigen über die große Offensive von 1918. Oberst a. D. Schwertfeger kommt zu dem Ergebnis, daß die kriegerische Handlung nicht von der politischen Mäßigung beherrscht wurde. Die sich daraus ergebende Entwicklung betrachtet er

nicht als Schuld, sondern als Schicksal

und erklärt, daß die Oberste Heeresleitung den erforderlichen kriegerischen Geist gezeigt und nur die politische Leitung nach Hindenburg an der Person des Monarchen gefehlt habe. General v. Kuhl hält die Offensive von 1918 für glänzend angelegt. Er macht zwar den Zustand der Heimat, des Erntes und des Pferdemarktes als Bedenken geltend, meint aber, es sei keine andere Wahl geblieben. Der dritte Beurteiler Professor Hans Delbrück meint, die Ziele der Offensive waren unerreicht. Die Anfangserfolge führt er auf unglaubliche Fehler der Gegner zurück.

Nitti plaudert aus.

Das Ziel des „Friedensvertrages“.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti redet von Zeit zu Zeit den Gegnern Deutschlands ins Gewissen und plaudert zuweilen aus dem Schatz seiner Erinnerungen manches aus, was nützlich und lehrreich ist. In einem Aufsatz über die Türkei und Griechenland erzählt Nitti: Eine genaue Prüfung des Versailles-Vertrages, an dem heute niemand schuldig sein will und den einige seiner Hauptstümpfer im Gespräch mit mir als „absurd“ bezeichneten (was sie noch nicht öffentlich zu erklären wagen), eine Prüfung des Versailles-Vertrages hat mir die absolute Überzeugung beigebracht, daß man nicht etwa den Frieden wollte, sondern den Ruin Deutschlands und der anderen besiegten Mächte: einen heute für Deutschland fast unvermeid-

lichen Auln. Ist nach all dem Martrium der Vorgesetzten und losgerissenen Territorien die deutsche Einheit noch nicht durchbrochen, so ist dies der Fall, weil sie nicht allein im Territorium und in den wirtschaftlichen Banden, sondern in den Herzen ruht.

Roggenwährung in Oldenburg.

Ein neuartiges Experiment.

Der Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, der Demokrat Theodor Laugen, gibt in der Hoff. Ztg. einen Überblick über die von ihm angeregte Einrichtung einer Sachwert-Währung, einer Idee, die dem heillosen Verfall unserer Papierwährung eine Art Abhilfe entgegenstellen soll. Welche Kreise sind bei dem fast auf nichts reduzierten Wert unserer Mark dazu übergegangen, ihre Kapital- oder Gewinnerträge in ausländischen Noten oder Sachwerten anzulegen, da die Mark keine auch nur einigermaßen zu schätzende Sicherheit für die Erhaltung des Besitzes bietet. Beide Verfahren bringen ungeheure Nachteile für unsere Volkswirtschaft. Der Umtausch in ausländisches Geld vergrößert unser Valutaeld, die wahllose Jagd nach Sachwerten ruft künstliche Preiserhöhungen hervor.

Als Gegenmittel gegen diese Übel kann die Schaffung eines Anlagewertes angesehen werden, der die Eigenschaften eines sich rentierenden Sachwertes trägt und dem Besitzer die Gewissheit gibt, daß bei Abgabe ihm seine volle Summe an Kaufkraft zurückerstattet wird, so wie sie bei der Erwerbung bestand.

In Oldenburg ist nun auf Initiative die Staatsbank (Staatliche Kreditanstalt Oldenburg) im Begriff, einen solchen Wert zu schaffen, den man auch als beschränkte Inhaberanleihe bezeichnen kann. Ministerpräsident Laugen, der die Initiative dazu gegeben hat, gibt in seinem Artikel folgende Ausführungen zu dem neuartigen Versuch. Als Wertmesser ist der „Roggen“, als Form der Anleihe die der Schanapfandbriefe gewählt worden. Die Roggenanweisungen werden keine Zinsscheine erhalten, und ebenso wird die Kapitalertragsteuer nicht von dem Ausgabeinstitut abgezogen sein, sondern hinterher auf Grund der Steuerklärungen der Erwerber veranlagt werden. Sie werden Inhaberpapiere sein, und ihre Einführung an der einen oder anderen Börse ist beabsichtigt, damit durch Ermöglichtung eines regelmäßigen Handels der Erwerber sein Kapital und die aufgelaufenen Zinsen schon vor dem Fälligkeitstermin nach dem jeweiligen Roggenwert wieder flüssig machen kann. Die Roggenanweisungen werden alsbald ausgegeben werden und am 1. April 1927 fällig sein. Der Ausgabepreis eines Stückes wird etwa dem Wert von 125 Kilogramm Roggen entsprechen. Die Rückzahlung soll nach dem Werte von 150 Kilogramm Roggen erfolgen. Der Mehrbetrag von 25 Kilogramm enthält die Zinsen für vier Jahre vom 1. April 1923 bis 1. April 1927. Für die Zeit von der Ausgabe bis zum 1. April 1923 werden 5 % von dem Ausgabeurs zurückvergütet werden.

Die Sicherheit für die durch Ausgabe der Roggenanweisungen von der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg aufgenommene Schuld wird unter vorbehaltloser Haftung des Oldenburgischen Staates durch das gesamte Vermögen der Kreditanstalt gewährleistet. Abgesehen von Roggenanweisungen nur in dem gleichen Umfang ausgegeben werden, in dem sie die Kreditanstalt ihrerseits Darlehnsforderungen auf gleicher Basis beschafft. Die auf diese Art und Weise aufzunehmenden Mittel werden nach der Zweckbestimmung der Anstalt zur Befriedigung des hypothetischen und öffentlichen Kreditbedürfnisses Verwendung finden.

Das Papier soll jedem Konjunkturverlust vorbeugen, einer weiteren Marktenkennung gegenüber gefestigt sein, der verderblichen Devisenspekulation und Warenhandelsentgegenwirken und die dadurch freiwerdenden Mittel solider Anlage zuführen. Ebenso könnte es vielleicht zurückgehaltene Notenmaterial freimachen und dem Verkehr zuführen. Auf alle Fälle kann man dem Erfolg des Experiments mit Interesse entgegensehen.

Die Faschistenherrschaft.

Florenz, Pisa und Cremona besetzt.

Ein ziemlich unblutiger Bürgerkrieg, war nicht eine Revolution, aber doch eine in das politische Leben tief eingreifende Revolte ist in Italien im Gange. Die auf Befehl Mussolinis mobilgemachten 40 000 Faschisten haben eine planmäßige Aktion in einer Reihe von Städten einge-

leitet. Selbst so wichtige Plätze wie Florenz, Pisa und Cremona fallen bereits in ihren Besitz.

In mehreren Städten haben die Faschisten die staatlichen Behörden abgesetzt und die Herrschaft übernommen.

Es scheint, daß ihnen kein Widerstand entgegenzusetzen wurde. Zusammenstöße haben nicht stattgefunden, ausgenommen in Cremona, wo sechs Faschisten durch Schüsse verwundet wurden. In Mailand ist die Regierungsgewalt an die Militärbehörden übergeben worden, obgleich bis jetzt noch keinerlei Unruhen erfolgt sind. Sämtliche öffentlichen Gebäude sind streng bewacht. Der König lehrte nach Rom zurück und begann sofort die Besprechungen mit den führenden Politikern. Als Ministerpräsidenten eines Kabinetts unter faschistischer Teilnahme kommen Salandra, Giolitti, Facta und Orlando in Frage. Die ganze Bewegung entstand daraus, daß die Faschisten auf ihrem Kongress in Neapel folgende Forderungen erhoben: Rücktritt und Umbildung der Regierung, fünf Ministerposten für die Faschisten (auf die sie parlamentarisch gar keinen Anspruch haben) und erst danach Volksbefragung durch Neuwahlen. Das führte zum Rücktritt des Kabinetts, da die Faschisten durch die erwähnte Mobilmachung unterstützt.

Deutschnationaler Parteitag.

Görlitz, 28. Oktober.

Im weiteren Verlauf des Parteitages sprach Reichstagsabg. Professor Dr. Hoesly über die „Grenzmarken im Rahmen der auswärtigen Politik“. Der Redner hält eine Verständigung mit Frankreich für unmöglich. Stimmung und historische Erfahrung zögen mehr zu England hin. Die Bedeutung des Völkerbundes soll nicht geleugnet werden, aber Deutschland brauche sich nicht hineinzubringen. Der Redner weist zum Schluß darauf hin, daß Helfferich allmählich immer mehr zum Führer des deutschen Volkes geworden sei. Professor Dr. Hoesly bringt eine längere

Entschlebung

ein, in der die Grenz- und Auslandsdeutschen aufgefordert werden, im Kampf um das Deutschtum auszuhalten. Die Regierung müsse die deutschen Minderheiten schützen. Nichtdeutscher Zuzug, besonders aus dem östlichen Judentum, sei abzuwehren. Die Resolution schließt mit den Worten: „Der großdeutsche Gedanke ist uns ein wesentliches Stütz in der wahrhaft deutschen Außenpolitik, zu dem wir uns freudig bekennen und in dessen Dienst wir die Arbeit unserer ganzen Partei mit aller Hingabe stellen.“

Die Resolution wird angenommen, wobei festgestellt wird, daß am Parteitag 1920 hunderttausend Delegierte und 1300 Gäste teilnahmen. Nun sprach Reichstagsabgeordneter Graef- Thüringen über

„Verfassung und Recht in der deutschen Republik“.

Die zum Schluß der Rede angenommene Resolution nennt die Weimarer Verfassung völlig unhaltbar. Die Sieger zum Schutz der Republik beizugehen alle in Kulturländern gewährleisteten Grundrechte. Der Parteitag fordert Rüdiger zu einem Föderalismus Bismarckscher Art. Der Redner nennt die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten die größte aller parlamentarischen Schiedungen und wendet sich scharf gegen Reichstagsabg. Dr. Wirth und den Reichsjustizminister.

Der Fall v. Graefe-Wulle.

In einer geschlossenen Sitzung standen die Fälle v. Graefe und Wulle zur Verhandlung. Von verschiedenen Seiten wurde noch einmal der Versuch gemacht, den Abgeordneten Wulle zu bewegen, im Interesse der Geschlossenheit der Partei vorbehaltlos sich den Beschlüssen aller leitenden Parteimitglieder sowie der Reichstagsfraktion anzuschließen. Nachdem Abgeordneter Wulle für sich und v. Graefe Erklärungen abgegeben hatte, die von der großen Mehrheit des Parteitages nicht als ausreichend erachtet wurden, wurde der Beschluß der Parteivertretung durch den Parteitag mit 160 gegen 12 Stimmen angenommen. Danach hat der Parteitag die Beschlüsse des Parteivorstandes auf Einrichtung von deutschvölkischen Arbeits- und Studienauschüssen beim Parteivorstand und den Landesverbänden der Partei bekräftigt, dagegen die Gründung einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei oder der Umwandlung in eine solche außerhalb der Partei abgelehnt. Über das Thema

„Die deutschen Parteien am Scheidewege“

sprach vor dem Schluß des Parteitages der preussische Landtagsabgeordnete Wallraf. Jeder Deutsche müsse nicht Führer, aber jeder Deutsche müsse ein Diener am Vaterlande sein. Auch die Partei sei nur ein Teil des Ganzen. Die Erfüllungspolitik habe Schiffbruch gelitten. Eine ungeheure Feuerungswelle überflutet unser Volk; in ihr ertrinkt der Mittelstand, der dem Vaterlande stets die besten Kräfte zuführt. Den Parteien, die das Regieren sich leisten, wird bei ihrem Kurs naheheimlich, wenn sie am Steuer hin- und herreden und nach neuen Wegen Ausschau halten. Sie stehen am Scheidewege, und die Wahl des richtigen oder falschen Kurses wird mit über die deutsche Zukunft entscheiden. Die Wirtschaftslehre der Sozialdemokratie ist eine Utopie. Es sei sonderbar, daß man gegenüber der Arbeitsgemeinschaft der Linken noch nicht an eine Arbeitsgemeinschaft der Rechten gedacht habe, denn

Alles ist in fremde Hände übergegangen; wer kann uns sagen, was und wo wir beanspruchen sollen?

„Nein, dahinein führen wir nicht“, entschied der Oberförster; „solche Geschichten kosten Geld, und schließlich haben wir das Vergnügen, auf einen Vergleich im Betrage von einigen Tälern eingehen zu müssen!... Ei, was, laß fahren dahin!... Wir sind bisher auch nicht verhungert.“

Elisabeth nahm trübsinnig die Schuhe auf, die der Onkel vor sie hingestellt hatte.

„Gut, Else, nun wissen wir auch, wo du herkommst mit deiner zerbrechlichen Taille und den Füßen, die über den Grashalm hinlaufen, ohne daß er sich biegt“, sagte der Onkel. „Bist gerade solch ein Waldschmeckel, wie deine Urhahn; würdest auch die Stirn an den Wänden zerstoßen, wenn man dich einsperren wollte. — 's ist doch ein Zigeunerblut in dir, und wenn du je einmal die Goldelse bist und eine Haut hast wie Schneewittchen... Da, ziehe einmal die Finger an, du wirst gleich sehen, daß du drin tanzen kannst.“

Er hielt die Schuhe hin.

„O nein, Onkel!“ rief Elisabeth abwehrend, „das sind Reliquien für mich... Könnte ich sie in der Weise berühren, ohne zu fürchten, daß Jost's schwarze, zornige Augen neben mir aufstauen?“

Frau Gerber und Miß Mertens waren derselben Ansicht, und erstere meinte, der Schanz mit allem, was er enthalte, müsse mit möglichster Vorsicht an einen ruhigen, trodenen Ort geschafft werden, wo er als Familienreliquie unangefastet stehen bleiben sollte, bis sich auch sein Geschick, das der zeitlichen Fortdauer, erfüllte.

„Nun, in dem Punkte will ich die Pietät gelten lassen“, nahm Reinhard das Wort; „anders dagegen denke ich über diese Gegenstände.“

Er schloß den Kasten auf. Der Sonnenstrahl, der in das Innere glitt, kam in tausendfältigen Blüten zurück und blendete aller Augen. Reinhard nahm ein Halsband heraus; es war sehr breit und von bewundernswürdiger Arbeit.

„Das sind Brillanten von reinstem Wasser“, belehrte er die Umstehenden, „und diese Rubinen hier müssen wunderbar aus dem dunklen Rode der schönen Zigeunerin gestrahlt haben.“ fuhr er fort, indem er zwei Nadeln von dem Samtpolster aufhob.

Elisabeth hielt lächelnd eine prächtige Agraffe über ihre Stirn.

„Sie meinen also, Herr Reinhard“, fragte sie, „hier sollten wir die Pietät beiseite lassen und uns unbedenklich

rechts und links seien die Gegenstände, die nur wie Waagen fallen.“

In der Aussprache wendet sich Graf Westarp entschieden dagegen, daß man der Deutschnationalen Volkspartei Ratsschlüsse erteilen will, die darauf hinauslaufen, daß man einen Trennungsschritt zwischen der Partei und den Deutschnationalen zieht. Unter ungutem Beifall erklärt er, daß es nur einen Weg für die Partei gäbe: „Gemeinsam in der Opposition zu bleiben.“

Solales und Provinziales.

Halver, 31. Oktober 1922

□ Gebühren, die noch nicht dagewesen sind. Zur Deckung der Kosten, die bei der Versteigerung von Fundstücken, unanbringlichen Gütern usw. entstehen, wird fortan von der Reichsbahn eine besondere Vergütung in Form einer Schreibgebühr von 3 Mark bis 100 Mark, die nach der Höhe der Verkaufserlöse gestaffelt ist, erhoben.

□ Himmelserscheinungen im November. Die Tageslänge nimmt jetzt mit Macht ab. Während sie am 1. November immerhin noch 9 Stunden 33 Min. beträgt, geht sie im Laufe des Monats bis auf 8 Stunden 1 Min. zurück. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind am 1. d. Mts. 6 Uhr 57 Min. und 4 Uhr 30 Min., am 11. d. Mts. 7 Uhr 15 Min. und 4 Uhr 12 Min., am 21. d. Mts. 7 Uhr 33 Min. und 3 Uhr 58 Min. und am 30. d. Mts. 7 Uhr 48 Min. und 3 Uhr 49 Min. Den Mond sehen wir zu Anfang d. Mts. in zunehmender Gestalt; am 4. haben wir Vollmond, am 12. letztes Viertel, am 19. Neumond und am 26. erstes Viertel. Von den Planeten nimmt die Sichtbarkeitsdauer des Merkur wieder ab; von Mitte des Monats wird er völlig unsichtbar. Die Venus bleibt gleichfalls fast den ganzen Monat unsichtbar. Dagegen nimmt die Beobachtungsdauer des Mars von 4 bis auf über 4½ Stunden zu. Jupiter wird in den Morgenstunden am östlichen Morgenhimmel sichtbar; Ende des Monats ist er fast eine Stunde zu beobachten. Saturn ist in den Morgenstunden bis zu 3½ Stunden am Sternenhimmel zu finden. Die Beobachtung des Jüghernhimmels, die sich im Winter ganz besonders lohnt, ist am besten zur Zeit des Neumondes, d. h. also um den 20. d. Mts., möglich.

— „Die Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen gescheitert.“ Von der Deutschnationalen Krankenkasse wird uns mitgeteilt: Der Vertrag der Ärzte mit der Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen angeschlossenen Krankenkassen ist weder gekündigt noch sind die Verhandlungen zum Scheitern gekommen. Lediglich die Verhandlungen zwischen den Zwangs-krankenkassen und der Ärzteschaft sind gescheitert. Eine Gefährdung der ärztlichen Behandlung der Mitglieder des Verbandes kaufmännischer Berufskrankenkassen kommt daher nicht in Frage.

— Bei den Ortsbehörden des Kreises ist eine Polizeiverordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes zum Ausgang gebracht, auf die der Wichtigkeit halber hierdurch besonders hingewiesen wird. Die Verordnung handelt über die amtliche Beaufsichtigung der Kartoffelfelder, die bei Auftreten des Kartoffelkrebes seitens der Besitzer zu treffenden Maßnahmen usw. Jeder Kartoffelerzeuger muß sich mit dem Inhalt dieser Verordnung vertraut machen, um sich bei Vorkommen des Kartoffelkrebes vor Schaden zu bewahren und um sich durch Zuwiderhandlung gegen die Verordnung nicht strafbar zu machen.

+ Halver, 30. Okt. Der hiesige Landwehrverein hielt am gestrigen Nachmittag im Vereinslokale Fasbender seine jährliche Hauptversammlung ab, dieselbe wurde vom Kam. Vorsitzenden Corn. Schürmann eröffnet und geleitet. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus demselben ist hervorzuheben: In dem abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verein in 2 Hauptversammlungen und 6 Vorstandssitzungen die Geschäfte des Vereins erledigt. An Veranstaltungen haben stattgefunden 1 Vortragsabend und 1 Winterkränzchen. 10 Mitglieder, darunter der frühere Vorsitzende, sind zur großen Arme abberufen worden. Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Die Mitgliederzahl beträgt 493, einschließlich der im verflossenen Jahre neubeitretene 33 Kameraden. Anschließend hieran erstattete der Rechnungsführer Kam. Schulte den Kassenbericht. Die Einnahme und Ausgabe balanciert in Höhe von 8234,01

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

53

(Nachdruck verboten)

Gerber hatte unterdes die Mandoline vom Staube gesäubert und schob sie vorsichtig unter den Arm, während Reinhard den Juwelentasten verschloß und ihn an der im Dedel angebrachten zierlichen Handhabe vom Tische hob. So stiegen die drei Männer die Leiter wieder hinauf. Droben wurden alle Bretter, deren man habhaft werden konnte, zum einstweiligen Schutze gegen Wind und Wetter über die Öffnung in der Decke gelegt, und dann trat man den Rückzug an.

Die Damen, die unterdes in großer Spannung am Fuße des Erkers gewartet hatten, waren nicht wenig erstaunt über den seltsamen Zug, der sich die Leiter herabbewegte. Sie erfuhren aber nicht eher ein Wort von dem, was sich droben ereignet hatte, als bis man unter den Linden angekommen war. Hier stellte Reinhard den Kasten auf den Tisch, beschrieb genau das verborgene Zimmer und dessen Inhalt, zog endlich das herhängnisvolle Papier hervor und wiederholte seinen Vortrag von vorn, diesmal jedoch bei weitem fließender. Schweigend und atemlos lauschten die Damen den Ausbrüchen eines heißen, leidenschaftlichen Herzens. Elisabeth lag blaß und still da, aber als die Stelle kam, die so plötzlich ein grelles Licht auf die dunkle Vergangenheit ihrer Familie warf, da fuhr sie jäh in die Höhe, und ihr Auge richtete sich voll unfähiger Überraschung auf das lächelnde Gesicht des Onkels, der sie erwartungsvoll beobachtete. Und Frau Gerber blieb eine Weile, nachdem der Vorleser geendet hatte, wie betäubt. Für ihren Flaren, gewöhnlich sehr ruhig erwägendem Geist war diese romantische Lösung einer jahrhundertalten Familienfrage im ersten Augenblicke unfaßlich. Miß Mertens aber, der Gerber erst die ganze Tragweite der Entdeckung auseinanderzusetzen mußte, da sie ja um die Familiengeschichte nichts wußte, schlug die Hände über dem Kopfe zusammen über die wunderbare Fügung.

„Nun, und haben Sie auf dieses Blatt hin Ansprüche auf die Gebe?“ fragte sie selbst und gespannt.

„Ohne Zweifel“, entgegnete Gerber; „aber wie sollen wir wissen, worin jenes mütterliche Gebe bestanden hat?... Die Familie ist ausgestorben, der Name von Gradowitz verloren.“

mit diesen Kostbarkeiten behängen? ... Was wohl mein weißes Mullkleid dazu sagen würde, wenn ich ihm zumuten wollte, eines Tages neben so vornehmer Gesellschaft zu erscheinen!“

„Die Steine stehen Ihnen unverstehtlich“, erwiderte Reinhard lächelnd, „aber zum weißen Mullkleide würde mir ein Strauß frischer Blumen auch besser gefallen; deshalb rate ich, diese Steinpracht beim Juwelier in klingende Münze umschmelzen zu lassen.“

Gerber nickte zustimmend.

„Wie, Reinhard“, rief Miß Mertens, „du glaubst, man sollte diese Familienstücke verkaufen?“

„Ei, freilich“, erwiderte er. „Es wäre geradezu sündhaft und töricht, ein solches Kapital brach liegen zu lassen... Die Steine sind allein hunderttausend Taler wert; dann sind noch die sehr schönen Perlen und das gehäkelte Gold zu berechnen. Das gibt auch noch ein hübsches Stümmchen.“

„Postausend!“ rief der Oberförster überrascht, „da wird nicht gefacht, fort damit!... Gut, Adolf“, fuhr er weicher fort und schlang den Arm um die Schulter seines Bruders. „nun hat's der da droben doch noch gut mit dir gemacht... Ich hab' dir gleich gesagt, in Thüringen wird's besser, wenn man auch nicht eingefallen wäre, zu denken, daß dir auf einmal so achttausend Taler ins Haus fallen würden.“

„Mir allein?“ rief Gerber erstaunt. „Hast du nicht als Kleber vor allem Anspruch an den Fund?“

„Nichts da!... Was soll ich um Gottes Willen mit dem Mammon anfangen? Ich soll mich wohl in meinen alten Tagen noch damit beschäftigen, Kapitalien auszuleihen?... Das könnte mir einfallen... Ich hab' weder Kind noch Kegel, beziehe einen schönen Gehalt, und wenn es einmal mit den alten Knochen hapert, dann habe ich eine Pension, die ich nicht aufzehren kann, mit dem besten Willen nicht. Ich trete also mein Erstgeburtsrecht ab, und zwar an das Mädel da mit den goldenen Haaren und unseren Stammbaht, den Schelm Ernst; ich will nicht einmal ein Zinsengericht dafür, denn dazu schmeckt das Wildpret nicht gut, sagt Sabine... Bleibet mir vom Halse!“ rief er, als Frau Gerber mit freudigem Auge sah, er hob und ihm die Hand hinstreckte und sein Bruder bewegt ihn noch Vorstellungen machen wollte. „Sie täten viel besser, Frau Schadowerin, wenn Sie für eine Kaffe Kaffee sorgten. Das ist ja himmelschreiend!... Bier und noch kein Tropfen des gewohnten Sals auf den Lippen, um deswillen ich doch einzig und allein den Berg hinaufgelaufen bin.“

Landwirtschaftliches.

Gegen Versailles!

Von Hg. Otonomierat Dr. e. b. Schütz,
Mitglied des Reichs-Landbundes.

Die Teuerung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens ist für alle Deutschen schier unerträglich. Solange aber die uns vom Versailler Vertrag auferlegten Lasten auf uns ruhen bleiben, ist an eine Verbilligung der Lebenshaltung nicht zu denken, denn die Preise, besonders der Grundstoffe der deutschen Wirtschaft, Kohle und Eisen, sind in hohem Maße steigender Preiskurve. Der Versailler Vertrag, dessen Unterschrift erpreßt worden ist, hat uns, und zwar bewußt, die wirtschaftliche Souveränität genommen. Zur Erreichung dessen hat er uns ja noch nicht einmal die Schuldsomme genannt, die er glaubte, uns auferlegen zu können.

Durch die Entblößung von allen militärischen Machtmitteln ist Deutschland inmitten der waffenstarken Nachbarstaaten und der anderen Großmächte das Ausbeutungsobjekt für die ganze Welt geworden. Jede Äußerung des wirtschaftlichen Lebens wird von den Feindbundsstaaten kontrolliert und darauf untersucht und ausgeschlachtet, wie der Sieger Vorteile ziehen kann.

Als Hauptkampfmittel gegen den deutschen Wettbewerbsdienst dem Feindbund die uns aufzuzwingende Preispolitik in der Rohlenindustrie und ihrer Nachprodukte.

Der Feindbund weiß, daß dauernde Ernährungsnot das durch den Krieg und seine politische Kollateralschäden gemehrte deutsche Volk zur Verzweiflung bringen können. Der Feindbund und an seiner Spitze Frankreich hoffen darauf in verbundener Überhebung des Siegers.

In Ausübung des Versailler Vertrages bringen breite Massen des deutschen Volkes, teilweise freiwillig, teilweise in verschämter Armut. Darunter Millionen Menschen aller Berufe, Staatsbürger, die auch heute noch das moralische Gefüge des Staates tragen helfen, der schwierige Prüfungsstand. Die Fülle der Intelligenzen, die uns Geistesgaben bieten in dem öden Materialismus dieser furchtbaren Zeit droht zugrunde zu gehen. Auch die Aufhebung des Mittelstandes, der Herz und Hirn jedes Volkes ist, wird vom Feindbund gewollt. Hauptaufgabe aller Deutschen ist daher der Kampf gegen Versailles. Erst die strikte Wahrung des Friedensbittens zeigt uns eine freundlichere deutsche Zukunft.

Die Post im neuen System.

Von Hermann Hilliger-Spiegelberg,
Vorsitzendem des Reichs-Landbundes.

Von Tag zu Tag häufen sich die Beschwerden über die fortgesetzten Verschlechterungen unserer Reichspost, die früher wegen ihrer unbedingten Zuverlässigkeit und Sparlichkeit die Bewunderung der ganzen Welt erweckte. Zeit auf dem Lande wissen ein Lied davon zu singen, wie die Postbestellung dauernd nachläßt und die Zustellung immer unzuverlässiger wird. Daß der Fernsprechverkehr auch auf dem Lande keine Verbesserung erfahren hat, sei nur nebenbei bemerkt. Dazu kommen völlig unverständliche Maßnahmen, so daß man z. B. die Briefmarken veränderten Werte in derselben Farbe herstellt. Es ist, als ob sich kein Mann der Praxis mehr um diese Dinge kümmert. Früher wußte jedes Kind, eine 5-Pfg.-Marke ist grün, eine 10-Pfg.-Marke ist rot und eine 20-Pfg.-Marke blau. Unseres Generalpostmeisters Stephan geniale Gedanke hatte das internationale Geseß der Farbenbezeichnung schaffen helfen, so daß jeder Deutsche, jeder Japaner, jeder Engländer wußte: eine blaue Marke trägt für einen Wertpostbrief. Wie ist gegen dieses einfache Farbensystem gesündigt! Man sehe sich nur die Marken zu 1,50, 3 und zu 10 Mark an, die fast in derselben Farbe hergestellt sind, so daß ja schon Postbeamte richtig frankierte Briefe wegen der Farbensystemänderung als unrichtig frankiert zurückgeben ließen.

Eine neue Überraschung beselert nun die Reichspost allen Organisationen, die eine eigene Zeitung herausgeben und jedem Mitarbeiter überreichen. Während man nämlich früher die Zeitungen auf Listen überweisen durfte, so daß für jede Postanstalt eine Liste gerügt, auf der beliebige viel Namen von Empfängern verzeichnet werden konnten, geschieht ein plötzlich erscheinender Anstoß der Reichspost, daß in Zukunft bei Daueranmeldungen für jeden einzelnen Be-

zieher eine besondere Postkarte als Lieferadresse anzufertigen ist, und daß außerdem die für ein und dieselbe Postanstalt bestimmten Bezüge noch in einem besonderen Umschlag aufgegeben werden müssen.

Wenn man in dieser Zeit der großen Papiernot und der wahnsinnigen Papierpreise mit einem Male nur Verwendung von Postkarten verlangt, so ist das schon ein starkes Stück; daß man aber nun für jeden einzelnen Empfänger eine besondere Karte fordert, ist unverantwortlich. Jeder aber, der täglich mit solchen Postüberweisungen zu tun hat, kann auch nur den Kopf schütteln über die weitere neue Bestimmung, wonach die Verleger in jeder Einzel-Lieferkarte die laufende Nummer ihrer eigenen Bezieherliste anzugeben haben, damit Verluste, Fehlen usw. leichter aufgefunden werden können. Wie es möglich sein soll, die Laufende von Adressen in ein Nummernverzeichnis zu ordnen, bleibt Geheimnis der Post! Da war das bisherige System unbedingt vorzuziehen, nach dem jede Fernmeldung von der Post mit vollständiger Anschrift, Wohnort und Postanstalt geliefert wurde. Wollte man das frühere, vielleicht mangelhafte System ändern, so mußte mindestens gefordert werden, daß man mit den maßgebenden Verbänden, also dem Verein deutscher Zeitungsverleger, Verein der Fachpresse und Börsenverein der Buchhändler sich in Verbindung setzte, und daß mit diesen Verbänden und großen Organisationen neue Wege gesucht wurden.

Warum haben wir einen Mann aus der harten Schule der Arbeit, einen Gewerkschaftsführer an die Spitze der Reichspost gestellt, wenn nicht in der Hoffnung, er werde mit Sorge und Umsicht darüber wachen, daß bei allen Maßnahmen der Post den allgemeinen Lebensnotwendigkeiten Rechnung getragen werde?

Aus dem Gerichtssaal.

§ 26. O. G. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte den 24jährigen Landwirtschaftslehren Rudolf Piepke aus Schönhausen a. d. Elbe zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Piepke hatte den nach der Ermordung Mathenau von der Reichsregierung erlassenen Haftbefehl gegen die Mörder vom Tor des Strigenhauses in Schönhausen abgerufen und ein gemeines Spottgedicht, das „A. G. O. G.“ gezeichnet war, angeheftet. Die Unterchrift erklärte der Angeklagte als „Aktien-Gesellschaft Ober-Confusionsrat“. Aus der Urteilsbegründung ist zu ersehen, daß der Staatsgerichtshof Böswilligkeit bei Begehung der Tat angenommen hat. Die außerordentliche Rohheit der Stimmung und eine Vorstrafe des Angeklagten fielen erschwerend ins Gewicht.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Börse/Land	28. 10. gefucht	27. 10. angeh.	28. 10. gefucht	27. 10. angeh.	Stand 1. 11.
Holland 1 Gulden	1698,98	1 12,02	1620,98	1629,02	1,70 M.
Dänemark 1 Krone	825,98	830,02	828,98	8 7,12	1,12 "
Estland 1 Krone	1102,28	1107,72	1137,15	1142,85	1,12 "
Normwegen 1 Krone	734,14	742,86	773,09	7 6 24	1,12 "
Schweden 1 Krona	748,18	749,82	718,21	718,79	0,72 "
Amerika 1 Dollar	4127,15	4147,85	4131,62	4160,38	4,40 "
England 1 Pfund	1846,87	1849,13	1859,50	1864,50	0,20 "
Frankreich 1 Franc	290,27	281,73	274,31	276,69	0,30 "
Belgien 1 Franc	270,82	271,88	284,28	285,07	0,80 "
Italien 1 Lira	182,00	182,00	157,66	158,40	0,80 "
Portugal 100 Esc.	5,28	5,27	5,28	5,27	35,00 "
Ungarn 1 Krone	1,59	1,61	1,64	1,6	0,85 "
Schweiz 1 Franc	130,07	130,75	127,64	128,22	

Berlin, 28. Oktober. Stand der Börsenmark: 29,87 Pf.

* Berliner Produktendörse vom 28. Oktober 1922. Die amtlich notierten Preise an der Berliner Börse lauten pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 9000—9200. Weizen, Roggen, märkischer 8000—8200. Hafer, Sommergerste 9000—9200, Wintergerste 8000. Wenig verändert. Hafer, märkischer 9200—9400. Hafer, Mais ohne Probenangabe loco Berlin 8200—8300, waggontrei Hamburg 8300. Etwas matter. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 25 400—27 500, feines Mehl über Notiz bezahlt. Unverändert. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 22 500—24 700. Unverändert. Weizenmehl 4500 bis 4600. Hafer, Roggenmehl 4700—4800. Baum behauptet. Raps 12 000 bis 14 000. Behauptet. Erbsen, Viktoria 14 000 bis 16 000, kleine Erbsen 12 000—14 000, Bohnen 10 000 bis 11 000, Kichererbsen 9000—10 000. Bohnen 13 000 bis 15 000, Lupinen, blaue 6500—7000, gelbe 8500—9500, Cerebella 20 000—24 000, Haselnüsse 5500—5600, Trockenkürbisse 4500 bis 4600. Dorschelasse 30 70 3400—3200. — Rauhputz. (Mischamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station:

Turnen, Spiel und Sport.

Halver, 30. Oktober 1922.

Fußball. Gestern nachmittag weiste die 1. Mannschaft der „Schupo“-Hagen hier, um gegen die 1. Mannschaft des Spiel- und Sportvereins Halver 1911 ein Meisterschaftsspiel auszutragen. Man erwartete ein schönes, technisch vollendetes Spiel, war aber insofern enttäuscht, als man die ziemlich rabiate Spielweise der Schupomannschaft sah. Obwohl Halver mit drei Ersatzleuten antrat, waren sie doch der Schupo an Technik weit überlegen und schlugen sie mit 3:1 Toren. Außerdem brach die Schupomannschaft eine Viertelstunde vor Schluß das Spiel ab. — In Hagen-Essen verlor die 1. Jugend des Spiel- und Sportvereins Halver 1911 gegen die gleiche dortige Mannschaft das festgesetzte Diplomspiel mit 3:1 Toren. Wie verlautet ist Protest eingelegt worden, da der Schiedsrichter einen hiesigen Spieler ohne vorherige Warnung vom Platz wies. — Die übrigen Halverschen Mannschaften waren gestern spielfrei.



**SPORTHaus
STADION**
Inh.: Willy Kottsieper, Hagen.
Körnerstraße 34
gegenüber der Stadt Sparkasse
Erstes Spezialgeschäft am
Platze.

Rölnen Frühdevisen. Der Dollar — 4100.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Oktober 85,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Die Urliste

der in der Gemeinde Lüdenscheid-Land wohnhaften Personen, die zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt vom 1. November d. J. ab eine Woche lang in der Wohnung des Gemeindevorstehers Schängel, Obernahme aus.

Lüdenscheid, den 28. Oktober 1922

Der Amtmann.

Automobil- Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
1576 Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkstatt f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktenmappen
Briefstaschen
Geldscheintaschen
Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.

20 000 Mark = Belohnung =

demjenigen, der mir die Diebe aufreißt, die über
Sonntag von meinem Hammer in der Halver eine
Partie

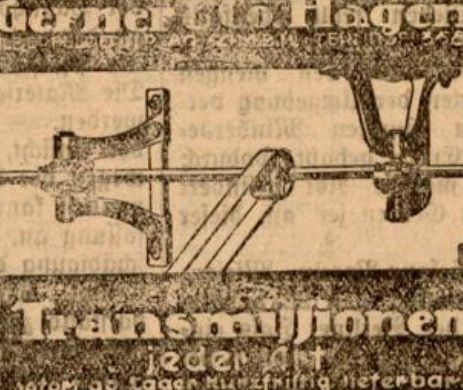
Hammergeräte gestohlen

haben. Verschwiegenheit wird zugesichert

C. A. Winkhaus,
Carthausen.

Postkarten

Allgemeiner Anzeiger Buchdruckerei Halver.	schnell sauber billig
---	-----------------------------



Germania Hagen
HAGEN I. W., Elberfelderstr. 44.
Telefon 2314.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen

für Industrie und Landwirtschaft.

Glühlampen, Installationsmaterial.

Elektrizitäts-Gesellschaft

Geisler & Schuller,
HAGEN I. W., Elberfelderstr. 44.

— Telefon 2314. —

Zwei kräftige Mädchen

für leichte Handpressen gesucht

Erich Wippermann,
elektrotechnische Fabrik,
Halver.

Taschenlampen, Birnen, Batterien

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Landwirtschaftlicher Ortsverein Rierspe.

Bersammlung

am Mittwoch, 1. Nov.,

abends 7 Uhr

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Abgabe von Saatkartoffeln.

2. Verschiedenes.

Haus

in Halver

mit Umlage gegen sofortige

gute Bezahlung zu kaufen

gesucht.

Angebote unter X. 345

an die Geschäftsstelle des

Allg. Anz., Halver, erbeten.

Zugelaufen ist eine junge

graue

Schäfer-

hündin.

Eigentumsansprüche sind im

Amtsbanke hier, Zimmer

Nr. 9 geltend zu machen.

Halver, 26. Okt. 1922.

Die Polizeiverwaltung.

Heute erhielt ich

Schweine.

H. Rierspe, Halver.

Telefon 52.